

# lebensstadt



DIE LINKE in Solingen

Februar 2020



*Liebe Leser\*innen,*

Sie halten die erste Ausgabe der neuen Stadtzeitung der LINKEN in Solingen in den Händen. Wir wollen, dass Sie wissen, welche Themen uns am Herzen liegen und dass Sie uns kennenlernen.

Wir stehen für eine transparente Politik, deshalb ist es für uns selbstverständlich, die Bürger\*innen der Klingensteinadt zu informieren und ihnen einen Einblick in die Solinger Kommunalpolitik zu geben.

Dazu gehört, dass wir nicht alleine überlegen wollen, was das Beste für Sie ist. Wenn Sie ein Problem haben, unsere Meinung zu kommunalpolitischen Fragen wissen möchten, erreichen Sie uns unter [lebensstadt@dielinke-solingen.de](mailto:lebensstadt@dielinke-solingen.de).

Vielleicht haben Sie aber auch Interesse, die Entwicklung unserer Stadt mit uns gemeinsam zu gestalten. Dann kommen Sie vorbei und diskutieren mit. Unsere Veranstaltungen und Beratungen sind in der Regel öffentlich.

Jeden Mittwoch ab 19 Uhr berät die Fraktion in der Grünwalder Straße 63.

Nun zu dieser Ausgabe:

Sie finden Artikel zum Ausverkauf des städtischen Eigentums am Beispiel des Städtischen Klinikums und der Festhalle Ohlgs, sowie den Hilfen zur Erziehung im Kinder- und Jugendbereich.

Außerdem möchten wir Ihnen die Möglichkeit geben, unsere politischen Inhalte mit Gesichtern zu verbinden. Den Anfang macht unser Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Solingen, Jörg Becker.

## Ausverkauf scheinchenweise

Mitarbeiter\*innen des Klinikums kämpfen um Arbeitsplätze

Unser Städtische Klinikum ist im Besitz der Stadt und gehört damit allen Solinger Bürger\*innen. Wie gehen die Politiker\*innen der Mehrheit mit dem ihnen anvertrauten Gemeinbesitz um?

Am 9. Juli diesen Jahres haben Beteiligungs- und Sozialausschuss der Stadt Solingen (gegen die Stimmen der LINKEN) beschlossen, ganze Abteilungen vom Klinikum abzuspalten. Das Labor, die Wäscherei und die Pathologie sollen „ausgelagert“ werden. Mittlerweile ist auch die Privatisierung der Radiologie im Gespräch, welche eigentlich Gewinne einfährt.

Die Bürger\*innen wissen gut, was Privatisierung öffentlichen Eigentums bedeutet: Räume, Geräte und Personal bleiben vorhanden, gehören aber offiziell nicht mehr zur Klinik, sondern einem Privatunternehmen. Auf Dauer wird dann rationalisiert, die Arbeitsdichte steigt weiter, organisatorische Abläufe unter den Abteilungen werden chaotischer, es gibt auch keinen Gesamtbetriebsrat als Vertreter aller Mitarbeiter\*innen, es zählen nur noch die Finanzen. Deutsche Großunternehmen im Gesundheitssystem wie Helios oder Sana, die bereits zahlreiche Kliniken aufgekauft haben, erzielen im Schnitt 15 % Rendite. Wo lassen sich sonst noch solche Profite erzielen?

Es wird in einem extrem teuren Gutachten behauptet, dass alles spare Geld. Leider „vergaß“ man zu berechnen, wie viel sich hier genau einsparen ließe. Man „vergaß“ in dem Gutachten ebenfalls, die Mitarbeiter\*innen nach Einsparideen zu befragen, obwohl sie das Klinikum jeden

Tag am Laufen halten und die Probleme der Alltagsabläufe genau kennen. Man „vergaß“ auch, dass städtische Kliniken die Gesundheit und das Überleben ihrer Bürger\*innen sicher stellen sollen, und deshalb keine profitorientierten Firmen sind, sondern sich aus gutem Grund in Gemeineigentum befinden.

Was man dagegen nicht vergaß war, Herrn Matthias Dargel von der Gutachter-Firma „Curacon“ gleich zum neuen Geschäftsführer des Klinikums zu machen. Na, das hat sich für ihn aber gelohnt!

Die Politik möchte sich inzwischen von der Bevölkerung nicht reinreden lassen. Zwar beschloss der „Beirat für Bürgerbeteiligung“ am 8. September einstimmig eine öffentliche Diskussion bis Anfang Oktober zur Zukunft des Klinikums. Diese wurde jedoch nie durchgeführt.

Die Stadtvertreter\*innen wollen sich nicht in die Karten gucken lassen. Beratungen erfolgen in nicht-öffentlichen Sitzungen, niemand erfährt, was hinter den Kulissen passiert, bis endgültige Beschlüsse gefasst wurden. Die regierenden Parteien gehen mit unserem Klinikum um, als gehöre es ihnen persönlich und nicht den Bürger\*innen der Stadt. Welche Ziele mit der Klinik langfristig verfolgt werden bleibt unklar.

Die Klinik-Mitarbeiter\*innen gehen jetzt auf die Straße. Sie wehren sie sich gegen die Zerstörung ihres Hauses und die „Privatisierung“ ihrer Abtei-

Fortsetzung auf Seite 2

**DIE LINKE.**  
S o l i n g e n

**Fakten**

**Eine Klinik als Selbstbedienungsladen**

Während die Kolleg\*innen am Rande der Belastungsgrenze arbeiten, behauptet die herrschende Politik, sie erwirtschaften nicht genug Geld. Die Klinik würde zunehmend „von Rücklagen leben“, ihre Defizite betragen 2-3 Millionen Euro.

Wie kann das sein? Wo bleibt das ganze erarbeitete Geld?

Laut einem Vertrag mit der Stadt muss das Klinikum jährlich 0,5 Mill. Euro an die Stadt zahlen. Die Stadt nutzte dies, um ihre Ausgaben zu finanzieren. In den letzten Jahren flossen so 3,5 Mill. Euro in das Stadtsäckel. Dadurch war weniger Geld da, notwendige Modernisierungen im Klinikum durchzuführen.

Das von der Politik beschlossene Gutachten der Firma ZEB (jetzt Curacon) kostete die Klinik zusätzlich noch einmal rund 2 Mill. Euro.

Hinzu kommen Millionen an Abfindungen und Betriebsrenten für ehemalige Geschäftsführer der Klinik.

Hat da jemand eine Idee zu?

**Der Trend in Prozent**

Im September befragten die Bürgerinitiative „Pro Klinikum Solingen“ und ver.di ihre Mitarbeiter\*innen zur Zukunft ihres Arbeitsplatzes: 76 % haben die Einschätzung, die Arbeitsbedingungen werden sich noch weiter verschlechtern. 48% denken „oft“ oder „öfter“ daran, das Klinikum zu verlassen. 69 % sind sich sicher, die Arbeitsabläufe werden sich verschlechtern. 90 % wollen keine Privatisierung sondern die Klinik im Besitz der Stadt.

Neben den unzumutbaren Arbeitsbedingungen fehlt es offensichtlich auch an einem respektvollen Umgang: die meisten freien Antworten ergaben, die Mitarbeiter\*innen wollen mit mehr Wertschätzung behandelt werden.

Fortsetzung von Seite 1

lungen. Und sie werden nicht nur für sich aktiv, sondern für alle Solinger Bürger\*innen. Denn eine Verschlechterung der Versorgung von Solinger Patient\*innen erwarten die meisten von ihnen.

Organisiert durch ihre Gewerkschaft ver.di standen die Kolleg\*innen am 28.10. vor dem Gebäude, in denen der Beteiligungsausschuss zur Zukunft ihrer Klinik tagte. Lautstark forderten sie Einlass, um ihre Sorgen vorzutragen. Sie traten so vehement auf, dass man eine Abordnung hineinließ und diese den Versammelten ins Gewissen redete. Ebenso versammelte man sich am 16. Dezember vor dem Beteiligungsausschuss, worüber auch das Fernsehen berichtete.

Am 15. November demonstrierten die Kolleg\*innen dann erneut in der Innenstadt. Vom Klinikum zogen sie bis zum Rathaus und verteilten Infoblätter an die Bevölkerung am Straßenrand oder an die Fahrer\*innen in den wartenden Autos. Die Kolleg\*innen ernteten Verständnis und bekamen viel Zuspruch. Das machte Mut!

Dieser Weg der Klinik-Mitarbeiter\*innen ist richtig! Die Linkspartei unterstützt diese Aktionen. Die Politik weicht immer dann zurück, wenn die Bürger\*innen sich massiv wehren. Verhand-

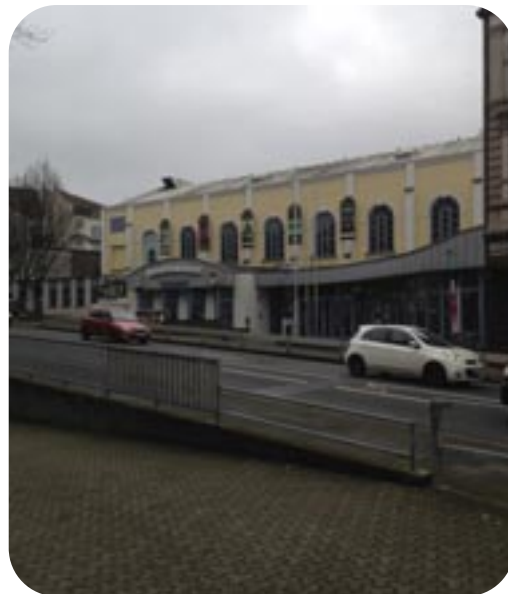
lungen mit der Stadt werden nur mit öffentlichem Druck erfolgreich sein. Für die Mitarbeiter\*innen des Klinikums kann dies zum Beispiel auch Streik bedeuten. Solinger Bürger\*innen können ebenfalls aktiv werden: in der Bürgerinitiative „Pro Klinikum Solingen“.

**Bürgerinitiative „Pro Klinikum Solingen“ gegründet**

Am Dienstag den 20.09.2019 gründete sich zur Verteidigung des Klinikums in kommunaler Hand eine überparteiliche Bürgerinitiative. Mitarbeiter\*innen, Ärzt\*innen, Gewerkschafter\*innen und interessierte Bürger\*innen planen dort laufend verschiedene Aktionen, um die Öffentlichkeit über den aktuellen Stand unserer Klinik zu informieren und den Widerstand gegen die Privatisierung ganzer Abteilungen zu organisieren. Der jetzt von der Stadt angekündigte „Masterplan“, bei dem „alle Abteilungen betroffen sein werden“ wird das nächste Thema sein. Der WDR berichtete am 17.12. bereits über Spekulationen eines „drastischen Stellenabbaus“.

Wer in der Bürgerinitiative mitmachen möchte ist herzlich willkommen!

**Ausverkauf und „Investorenglück“**



Jetzt ist es raus. Die Ohligser Festhalle ist an Investoren verkauft worden. Der Verdacht, dass dies passieren würde, bestand schon länger, seitdem Ende 2015 die Immobilie scheinbar im Internet gehandelt wurde. Damals dementierte man seitens des Eigentümers schnell. Die Firma Hitzeград hatte die Halle 2011 von der Stadt übernommen und sich verpflichtet bis Ende 2018 dafür Sorge zu tragen, dass die Räumlichkeiten Vereinen, Organisationen, Bildungseinrichtungen, Firmen etc. und Privatpersonen zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Nun ist diese Zeit verstrichen und eine Kölner Familie hat das Objekt als Investition übernommen. Angeblich will sie die Immobilie weiterhin als Veranstaltungsort

betreiben. Eine Garantie dafür gibt es allerdings wohl nicht.

Wer sagt denn, dass die Investition sich nicht erst dann rechnet, wenn die Halle abgerissen wird und durch irgendeinen Neubau ersetzt worden ist? Unter Umständen wäre das nach Baurecht sogar möglich, ohne dass die Bürger\*innen und die politischen Gremien ein Mitspracherecht haben. Lukrativ für die „Investoren“ wäre es bestimmt. Die Immobilienpreise in Ohligs steigen seit einigen Jahren stetig. Für OB Tim Kurzbach ist das – nach seinen Aussagen auf einem Empfang der IHK Solingen – ein gutes Zeichen für den Aufschwung in Solingen. Ob die Solinger\*innen, die zum Beispiel auf günstigen Wohnraum angewiesen sind und den nicht finden, das genauso sehen?

Und ob sie es gut finden, wenn Veranstaltungen in der Festhalle demnächst (noch) mehr Eintritt kosten oder ausfallen müssen? Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die ersten Nutzer\*innen der Festhalle diese verlassen (müssen), weil sie die Preise nicht mehr zahlen können.

Eins ist auf jeden Fall klar: Mit dem Verkauf der Festhalle 2011 hat die Stadt Solingen das Heft des Handelns aus der Hand gegeben. Und das nicht nur hier. Zu denken ist zum Beispiel an die Eissporthalle, die an die Lebenshilfe „abgegeben“ wurde und nun einem Neubau für deren Werkstätten weichen soll. Die Stadt sucht mal wieder einen „Investor“, der eine Eishalle bauen und betreiben will. Dumm nur, dass Investoren keine Hallen für die Solinger\*innen betreiben wollen. Weder zum Eislaufen, noch für Feiern zu bezahlbaren Preisen. Investoren wollen Gewinne erwirtschaften. Und wo einer gewinnt, verliert eine andere.

## Eine Stadt im Kürzungswahn

# Einsparungen bei Kindern, Jugendlichen und Familien bekämpfen!

In den letzten Jahren hat die Anzahl von Familien mit mehreren Problemen auch in Solingen stark zugenommen. Diese Familien leiden unter den Folgen von Arbeitslosigkeit, Armut auf Grund von Hartz IV, Problemen durch Alleinerziehung, Jugendkriminalität, psychischen Erkrankungen eines Elternteils oder Suchtproblemen.

Es gibt einen rechtlichen Anspruch dieser Familien auf gesellschaftliche Hilfe, für die die Kommunen zuständig sind.

Jetzt könnte man denken, dass die Stadt deshalb ihre Unterstützung für diese Familien erhöht und hier mehr Geld investiert. Tatsächlich wird hier zunehmend und in großem Umfang gespart.

DIE LINKE findet es grundsätzlich richtig, dass Ämter sparsam und gewissenhaft mit denen ihnen anvertrauten öffentlichen Geldern umgehen und ihre Ausgabenpolitik immer wieder neu überprüfen. Die Einsparungen in Solingen verlieren jedoch jedes Maß!

So waren 2018 940.000 € als Sparziel festgeschrieben. Bereits im September dieses Jahres hatten die Mitarbeiter\*innen der städtischen Jugendhilfe dieses Ziel um 550.000 € überschritten. Auch 2019 sollten 1,5 Millionen bei Kindern, Jugendlichen und Familien eingespart werden.

Im Dezember beschloss der Stadtrat seinen neuen Haushalt. 2020 sollen jetzt sogar 2.500.000 € bei Kindern, Jugendlichen und Familien eingespart werden.

Die Linkspartei kann nicht nachvollziehen, wie einem gesellschaftlich ansteigendem Problem mit massiven Mittelkürzungen erfolgreich begegnet werden kann. Das kann nur dazu führen, dass betroffene Familien keine Unterstützung mehr erhalten, eine Entwicklung, die auch die Wohlfahrtsverbände wie z.B. die Caritas scharf kritisieren.

Schon jetzt werden in den Wohlfahrtsverbänden Mitarbeiter\*innen entlassen, die sich früher um Familien im städtischen Auftrag gekümmert haben. Die Stadt vergibt weniger Aufträge an die Wohlfahrtsverbände. So werden weniger „Flexible Erziehungshilfen“ bewilligt (das sind Sozialarbeiter\*innen, die vor Ort den Familien bei der Erziehung oder mit Ämtern helfen). „Dauerkompensatorische Hilfen“, also Unterstützung über mehrere Jahre, werden nicht mehr bewilligt. Es gibt aber Familien, die über Jahre begleitet werden müssen, z.B. weil die Eltern krank sind, um die Situation in zerrütteten Familienverhältnissen zu stabilisieren, oder um zu verhindern, dass die Kinder langfristig aus der Familie genommen werden.

Wenn jetzt eine hilfebedürftige Familie zum Jugendamt geht und Unterstützung beantragt hat sie zwar eine Menge Formulare auszufüllen, aber ob sie Unterstützung bekommen wird, entscheidet der/die jeweilige Abteilungsleiter\*in. Der/die Mitarbeiter\*in kann nicht einmal sagen, wie die Chancen auf Unterstützung stehen. Gerade Familien, die sich nicht gut ausdrücken können, erfahren das als Willkür und fühlen sich dem Jugend-

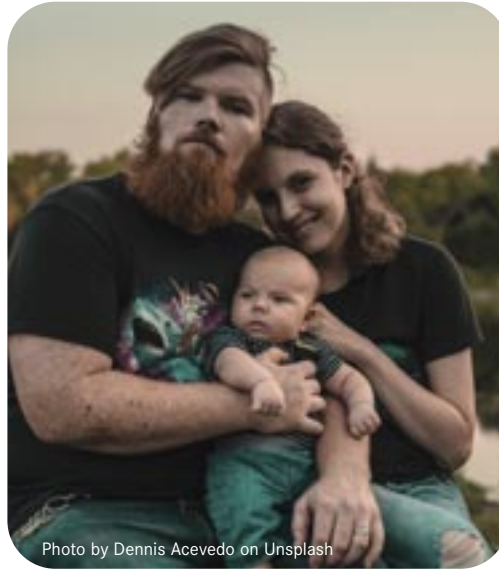


Photo by Dennis Acevedo on Unsplash

amt ohnmächtig ausgeliefert. Hinzu kommt, dass die Abteilungsleiter\*innen zwar entscheiden, die Familien meist aber gar nicht kennen. Ein solches Vorgehen begünstigt zwangsläufig Fehlentscheidungen!

Uns fällt auch auf, dass die Fluktuation in den Teams des Jugendamts zunimmt. Viele Mitarbeiter\*innen der Stadt sind frustriert, die Kündigungen der dort beschäftigten Sozialarbeiter\*innen nehmen zu. Familien mit Unterstützungsbedarf erhalten dadurch ständig neue Ansprechpartner\*innen, die sie mühevoll selbst in Erfahrung bringen müssen.

Die Begründungen des Jugendamtes für weggeschickte Eltern werden ebenfalls immer frecher. Früher wurde nur behauptet, nicht alle Eltern die eine bestimmte Hilfe beantragen, hätten diese auch nötig. Mittlerweile werden die Eltern verantwortlich dafür gemacht, dass das Jugendamt in diesem Jahr mehr als 100 Familien weniger unterstützt. So behauptet der Leiter des Jugendamtes Rüdiger Mann am 05.11.19 im Solinger Tageblatt: „In den Familien sind die Wohnungssuche oder Stromschulden oft Thema. Das hat aber nichts mit erzieherischen Hilfen zu tun, sondern dafür gibt es andere Mitarbeiter im Rathaus.“ Familien, die um Hilfe ersuchen, sind also zu blöd, zum richtigen Amt zu gehen?

DIE LINKE hält diese Argumentation für eine Unverschämtheit und hat eine Anfrage an die Stadt gestellt. Wir wollen zum Beispiel wissen, wie viele der beantragten Hilfen zur Erziehung 2018 vom Jugendamt abgelehnt wurden. Ebenso wollen wir wissen, warum die sogenannten „dauerkompensatorischen Hilfen“ faktisch abgeschafft wurden und wie sich dies fachlich und moralisch begründen lässt. Wir wollen wissen, wie die Stadt den Kündigungen von Mitarbeiter\*innen im Jugendamt entgegenwirken will ...

## Deutschland von unten

### Gefälschte Statistiken

Die Bundesregierung feiert es als „Erfolg“:

2.234.030 Arbeitslose gäbe es im September in Deutschland. Schade nur, dass selbst diese hohe Zahl noch gefälscht wurde. „Herausgerechnet“ wurden bei der Zählung Arbeitslose über 58 Jahre, Kolleg\*innen in Weiterbildung, Hartz-IV-Empfänger\*innen mit Ein-Euro-Jobs, in beruflicher Eingliederung oder Kranke. Tatsächlich hätten wir dann 3.130.667 Arbeitslose. Aber das klingt nicht so gut ...

### Mehr Obdachlose

Auf Grund zunehmender Armut und dem Fehlen bezahlbarer Wohnungen leben in Deutschland mittlerweile 678.000 Menschen ohne eigene Wohnung. Viele von ihnen leben in Notunterkünften, stationären oder kommunalen Einrichtungen oder kommen bei Freunden unter. Rund 41.000 von ihnen haben nicht einmal das: Sie leben auf der Straße.

### Immer mehr Beschäftigte psychisch krank

Der allgegenwärtige Personalabbau zeigt Folgen: immer weniger Mitarbeiter\*innen müssen immer mehr Aufgaben übernehmen. Der daraus entstehende Druck führt zu andauerndem Stress, vermehrter Hektik und der Unfähigkeit, sich nach Feierabend zu entspannen oder gut zu schlafen. Auf Dauer machen diese Arbeitsbedingungen krank!

Dies bestätigt eine Langzeituntersuchung der Krankenkasse DAK. Die Zahl der Krankenschreibungen wegen psychischer Probleme hat sich in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdreifacht. In ihrem „Psychoreport 2019“ hat die Krankenkasse die Fehltagel ihrer Versicherten seit 1997 ausgewertet.

DIE LINKE fordert eine Anti-Stress-Verordnung, flächendeckend Arbeitsschutzkontrollen als erste Maßnahmen gegen Stress am Arbeitsplatz.

**Kuriositäten****Das Kreisel-Dilemma**

Jahrzehntelang die gleiche Klage: keine direkte Anbindung an die A 3 und endlose Staus im Berufsverkehr auf der Bonner Straße. Seit 2002 überlegt die Stadt, wie das Problem zu lösen sei. Die Vorschläge drehen sich seitdem im Kreis.

Denn es gibt so viele Hindernisse wie vermeintliche Lösungen: Mal stimmt die Taktung der Ampelanlage nicht. Dann will man lieber einen Kreisverkehr zur Viehbachtalstraße. Braucht es dann auch eine Abbiegespur? Und wo bleiben dann die Radwege?

Fragen über Fragen, mit denen sich jetzt wieder die Bezirksvertretung beschäftigt. Und sie diskutieren und diskutieren und, und ...

Nur wenige kommen darauf, dass unsere einzige Möglichkeit die Verminderung des Individualverkehrs und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs sein könnte.

**Termine****„Auf<sub>(v)</sub> das Maul!“****Antifaschistischer Poetry Slam**

14. Februar im „Monkeys“, Konrad-Adenauer-Straße 98  
18 Uhr, Einlass: 17.30 Uhr  
Eintritt frei

**Öffentliche Fraktionssitzungen der Linksfraktion im Rat der Stadt Solingen**

Jeden Mittwoch, 19 Uhr,  
Geschäftsstelle DIE LINKE,  
Grünwalder Straße 63

**Sozialberatung**

Jeden Dienstag, 11-13 Uhr,  
Geschäftsstelle DIE LINKE,  
Grünwalder Straße 63

**Fraktionsgeschäftsstelle**

Grünwalder Straße 63  
Öffnungszeiten:  
Mo., Di., Mi., Fr. 12 bis 18 Uhr

**Jörg Becker****Für Frieden und neue Kulturpolitik – gegen Armut und Hartz IV**

Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Rat



**Lebensstadt:** Jörg, Du sitzt für die Linkspartei im Solinger Stadtrat. Seit wann vertrittst Du dort die Interessen der Solinger Arbeiter\*innen und Angestellten?

**Jörg:** Ich sitze im Solinger Stadtrat seit Beginn dieser kommunalen Legislaturperiode, also seit fünf Jahren, nämlich seit 2014. Ich vertrete dort im Übrigen nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern fühle mich für eine sehr viel größere Gruppe von Solingern verantwortlich. Ich wende mich an Linke, an Sozialisten, an enttäuschte Sozialdemokraten und enttäuschte Grüne, kurz: an alle, die an wirklich durchgreifendem sozialem Fortschritt interessiert sind.

**Lebensstadt:** Für welche Themen hast Du Dich eingesetzt?

**Jörg:** Folgende Themen standen und stehen im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit in Solingen: aktive Friedenspolitik (auch in einer Kommune), Kampf der Armut, der Hartz-IV-Politik und den zu niedrig berechneten Kosten der Unterkunft, Förderung einer neuen Kulturpolitik mit, für und von Migranten, Regionalökonomie, Kampf dem enormen Gutachterunwesen in der Solinger Verwaltung, Beibehaltung und Stärkung eines kommunalen Klinikums, Stärkung der Arbeitsplätze in der Automobilzulieferindustrie, Entwicklung des Rassepe-Geländes zu einer Hi-Tech-Schmiede inkl. eines Betriebsrates der IG Metall und Digitalisierungsfortschritt für die Nutzer, nicht als Rationalisierungs- und Sparstrategie zur Reduktion von Personalkosten.

**Lebensstadt:** Welche Erfahrungen hast Du in all den Jahren im Stadtrat gemacht? Wie ist man mit Deinen Ideen und Vorschlägen umgegangen?

**Jörg:** Der Stadtrat ist zunächst einmal eine große Bühne. Dort geht es nicht nur um Demokratie und Mehrheitsbildung, sondern wenigstens genauso doll um Fensterreden. Zum Teil macht mir das Spaß, wenn ich z.B. dem Fraktionsvorsitzenden der CDU zurufen kann, er möge bei mir weniger August Bebel als viel mehr Karl Liebknecht erwarten, denn den Bebel könne er bei der SPD kriegen. Doch Spaß beiseite. Die Arbeit während einer Ratssitzung ist höchst anstrengend, weil Du wie ein Fuchs aufpassen musst, über welche Vorlage gerade abgestimmt wird. Als Linker habe ich die meisten Grobentscheidungen auf allen Ratssitzungen ablehnen müssen. Das geht nicht anders. Zwar bin ich auf diese Weise allein und isoliert, doch das stört mich nicht. Ich habe durchaus das berechtigte Gefühl, dass mir alle anderen Fraktionen bei meinen Reden gut zuhören, auch wenn sie meine Argumente nicht mögen. Im Kulturausschuss habe ich außerdem den Vorsitz. Dort laufen die Sitzungen anders als im Rat. Nach Meinung auch anderer Fraktionskollegen habe ich dort die Arbeit auf ein politisch höheres Niveau gehoben als im Kulturausschuss der vorigen Ratsperiode. Das freut mich und das war auch meine Absicht.

**Lebensstadt:** Wenn Du auf die letzten Jahre zurück blickst: Glaubst Du, dass Dein Engagement sich gelohnt hat?

**Jörg:** Direkt messbar hat sich mein Engagement nicht gelohnt. Ich denke aber, dass ich die anderen Fraktionen manchmal argumentativ recht gut in die Enge treiben konnte, so dass sie ihre Entscheidungen nicht länger mit nichtssagenden Allgemeinplätzen begründen konnten. Mein Engagement hat sich auf alle Fälle politisch-atmosphärisch gelohnt. In der politischen Landschaft Solingens begegnet man mir mit großem Respekt. Und das ist selbstverständlich ein Plus für die LINKE insgesamt.

**DIE LINKE.**  
S o l i n g e n

Impressum:

**lebensstadt**

Zeitung der LINKEN in Solingen

Herausgeber: DIE LINKE.

Grünwalder Straße 63, 42657 Solingen

info@dielinke-solingen.de

V.i.S.d.P.: Erik Pieck